

S a t z u n g
des DEUTSCHEN RICHTERBUNDES
- Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte –
Landesverband Rheinland-Pfalz
vom 12. April 1976
geändert durch die Landesvertreterversammlungen vom
17. Juni 1991, 10. Juni 1997 und 22. Juni 1998.

§ 1

Der Landesverband führt den Namen:

DEUTSCHER RICHTERBUND - Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Landesverband Rheinland-Pfalz.

Sitz des Vereins ist Mainz.

§ 2

Der Landesverband ist der Zusammenschluß von in Rheinland-Pfalz bestehenden Vereinen von Richtern und Staatsanwälten in allen Zweigen der Gerichtsbarkeit.

§ 3

(1) Zweck des Landesverbandes ist:

1. Vertretung der Standesinteressen,
2. Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit und des Legalitätsprinzips,
3. Förderung der Gesetzgebung und der Rechtspflege,
4. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte.

(2) Die Tätigkeit des Verbandes ist ausschließlich gemeinnützig. Die Verfolgung parteipolitischer Ziele ist ausgeschlossen.

§ 4

Mitglieder des Landesverbandes können Bezirks- und Fachvereine werden, die einen Zweck im Sinne des § 3 verfolgen, ihren Sitz in Rheinland-Pfalz haben und denen als Mitglieder angehören:

- 1) Berufsrichter aller Gerichtsbarkeiten und Staatsanwälte,
- 2) wissenschaftliche Hilfsarbeiter mit der Befähigung zum Richteramt,
- 3) Berufsrichter und Staatsanwälte im Ruhestand.

§ 5

Der Beitritt ist schriftlich zu beantragen. Über die Aufnahme der Bezirks- und Fachvereine in den Landesverband beschließt der Landesvorstand. Bei Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann innerhalb eines Monats die Entscheidung der Vertreterversammlung beantragt werden.

§ 6

(1) Die Mitgliedschaft eines Bezirks- oder Fachvereins erlischt durch Austritt, Ausschluss oder seine Auflösung

(2) Der Austritt ist gegenüber dem Landesvorsitzenden schriftlich zu erklären. Er ist nur mit sechsmonatiger Frist zum Ende eines Kalenderjahres zulässig.

(3) Der Ausschluss kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes durch den Landesvorstand beschlossen werden. Der Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Gegen den Ausschluss ist die Berufung an die Vertreterversammlung zulässig, die darüber endgültig entscheidet. Die Berufung muss innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ausschlussbeschlusses bei dem Landesvorsitzenden schriftlich eingelegt werden.

§ 7

Die Beiträge für den Landesverband werden durch die Vertreterversammlung nach Maßgabe der Mitgliederzahl der Bezirks- und Fachvereine festgesetzt. Sie sind vierteljährlich zu zahlen. Bei Beitragsrückständen von

mehr als drei Monaten kann der Landesvorstand das Ruhen der Mitgliedsrechte des säumigen Mitglieds beschließen. In diesem Falle hat der Mitgliedsverein bis zur Begleichung des Beitragsrückstandes in der Vertreterversammlung und im Landesvorstand weder Sitz noch Stimme.

§8

Organe des Landesverbandes sind:

1. Die Vertreterversammlung, welche die vereinsrechtlichen Befugnisse der Mitgliederversammlung wahrnimmt,
2. der Landesvorstand,
3. das Präsidium,
4. der Landesvorsitzende.

§9

(1) Der Landesvorsitzende vertritt den Verband nach außen. Er wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Jeder von beiden ist Vorstand im Sinne des BGB.

(2) Der Landesvorsitzende führt mit Unterstützung des Präsidiums die laufenden Geschäfte und führt die Beschlüsse der übrigen Organe aus.

§10

(1) Das Präsidium besteht aus dem Landesvorsitzenden, seinem Vertreter und mindestens zwei, höchstens acht weiteren Mitgliedern, von denen jedes mindestens ein Präsidiumsamt wahrnimmt.

(2) Mindestens ein Mitglied des Präsidiums soll Staatsanwalt sein. Mindestens ein weiteres Mitglied ist aus den Reihen der Fachgerichtsbarkeit zu wählen, sofern ein Fachverein es beantragt.

(3) Präsidiumsämter sind die Ämter des Schriftführers, des Kassensführers und der Referenten. Die Aufgabengebiete der Referentenämter bestimmt der Landesvorstand. Die Präsidiumsämter verteilt das Präsidium.

(4) Der Schriftführer ist Geschäftsführer, wenn hierfür nicht ein besonderes Referentenamt geschaffen wird.

(5) Das Präsidium beschließt über die ihm in dieser Satzung zugewiesenen Geschäfte und über die Angelegenheiten der laufenden Geschäftsführung.

(6) An den Sitzungen des Präsidiums nimmt weiter ein stimmberechtigter Assessorenvertreter teil, der von der Landesvertreterversammlung gewählt wird. Er darf bei seiner ersten Wahl noch nicht auf Lebenszeit ernannt sein und nur einmal wiedergewählt werden. Seine Amtszeit richtet sich nach § 11 der Satzung.

§11

Der Landesvorsitzende, sein Vertreter und die weiteren Mitglieder des Präsidiums werden von der Vertreterversammlung für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Bei vorzeitigem Ausscheiden erfolgt die Nachwahl für den Rest der Amtsperiode. Bis zur Nachwahl wird der ausgeschiedene Landesvorsitzende durch den stellvertretenden Vorsitzenden, hilfsweise durch ein vom Landesvorstand bestimmtes Präsidiumsmitglied vertreten. Für ein anderes vorzeitig frei gewordenes Präsidiumsamt kann der Landesvorstand einen kommissarischen Verwalter bestellen.

§12

(1) Der Landesvorstand besteht aus dem Präsidium und kraft Amtes den Vorsitzenden der Bezirks- und Fachvereine bzw. den stellvertretenden Vorsitzenden, falls die Vorsitzenden selbst dem Präsidium angehören. Die Mitglieder kraft Amtes können sich durch ein Mitglied ihres Vereins vertreten lassen.

(2) Der Landesvorstand beschließt über alle Angelegenheiten, die nicht einem anderen Organ zugewiesen oder vorbehalten sind. Das Präsidium oder der amtierende Landesvorsitzende können die Ausführung von Beschlüssen zurückstellen und die Entscheidung einer unverzüglich einzuberufenden Vertreterversammlung anrufen.

(3) Der Landesvorstand wird einberufen, wenn der Landesvorsitzende es für erforderlich hält, wenn das Präsidium die Einberufung beschließt oder wenn ein Mitgliedsverein die Einberufung beantragt.

§13

(1) Die Vertreterversammlung besteht aus den Vertretern der Mitgliedsvereine.

- (2) Jeder Mitgliedsverein kann je angefangene 30 Einzelmitglieder einen Vertreter entsenden.
- (3) Jeder Mitgliedsverein hat so viele Stimmen, wie er Einzelmitglieder hat. Einzelmitglieder, die gleichzeitig einem Bezirks- und einem Fachverein angehören, werden nur bei ihrem Fachverein gezählt.
- (4) Die Mitgliedsvereine können ihre Stimmen geschlossen oder gespalten abgeben.

§14

Der Vertreterversammlung sind neben den ihr sonst zugewiesenen Aufgaben vorbehalten:

- a) Wahlen und Entlastung des Präsidiums,
- b) Satzungsänderungen,
- c) die EntschlieÙung über die Zugehörigkeit zu Dachorganisationen,
- d) die EntschlieÙung über die Auflösung des Verbandes.

§ 15

- (1) Die Vertreterversammlung ist einzuberufen:
 - a) zum Ende einer Wahlperiode des Präsidiums und ein weiteres Mal möglichst zur Mitte einer Wahlperiode,
 - b) wenn zwei Bezirks- oder Fachvereine es beantragen,
 - c) wenn das Präsidium es für erforderlich hält.
- (2) Der Landesvorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Präsidiumsmitglied beruft die Vertreterversammlung durch schriftliche Einladung an die Bezirks- und Fachvereine unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Die Einladung soll 6 Wochen vor dem Versammlungstag zugehen. Zusätzliche Anträge zur Tagesordnung sind dem Präsidium zuzuleiten, das sie den übrigen Bezirks- und Fachvereinen mitteilt. Anträge, die dem Präsidium nicht spätestens 3 Wochen vor dem Versammlungstag vorliegen, werden nur behandelt, wenn die Vertreterversammlung dies zulässt.

§16

- (1) Die satzungsmäßigen Gremien sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend bzw. in der Vertreterversammlung die Hälfte der zu vertretenden Stimmen vertreten sind.
- (2) Für Abstimmungen und Wahlen ist die einfache Mehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt bzw. die Wahl als erfolglos.
- (3) Für Satzungsänderungen und für die Auflösung des Verbandes bedarf es der Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenen Stimmen.

§17

Der Landesverband kann seinen Mitgliedsvereinen, deren Einzelmitgliedern und ihren Hinterbliebenen Rechtsschutz in berufsständischen Angelegenheiten gewähren. Über einen Antrag entscheidet der Landesvorstand nach Maßgabe besonderer Richtlinien, die von der Vertreterversammlung beschlossen werden.

Inkrafttreten:

Die Neufassung der Satzung tritt mit dem 15. April 1976 in Kraft.